

# Europa in evangelischer Sicht

VON WOLFGANG SCHWEITZER

Unter dem Thema „Ehre sei Gott und auf Erden Frieden“ soll vom 4. bis 12. September in Stirling, Schottland, die IX. Vollversammlung der „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK) stattfinden. Aus diesem Anlaß wurde ich gebeten, etwas über „Europa in evangelischer Sicht“ zu schreiben. Daß es der KEK um Gesamteuropa „vom Atlantik bis zum Ural“ geht, ergibt sich schon daraus, daß sie fast alle nicht-römisch-katholischen Kirchen in Ost- und Westeuropa zu ihren Mitgliedern zählt. Wir werden aber an dieser Stelle Fragen der westeuropäischen Einigung, zum Beispiel der „Europäischen Gemeinschaft“, nicht ausklammern dürfen; wir werden vielmehr die gesamteuropäischen und die westeuropäischen Fragen zueinander in Beziehung setzen müssen.

Schon ein erster, flüchtiger Überblick ergibt ökumenisch interessante *Verschiedenheiten*: Die römisch-katholische Kirche hat sich von Anfang an sehr für die westeuropäische Einigung interessiert; erst sehr viel später wurde es als notwendig empfunden, die kirchliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa besonders zu fördern (Gründung des „Rates der Europäischen Bischofskonferenzen“ 1971). Umgekehrt stand dann für die evangelischen Kirchen offenbar die Erhaltung und Verstärkung der Einheit der Christen in Ost- und Westeuropa von Anfang an im Vordergrund (die KEK wurde schon 1957 gegründet); erst 1970 wurde eine Kommission der Kirchen gegründet, die in Westeuropa von der „Europäischen Gemeinschaft“ erfaßt worden sind.<sup>1</sup>

Selbstverständlich ist die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und sind die evangelischen Freikirchen in unserem Land Mitglieder der KEK; man kann sagen, daß die KEK sich aus den Kontakten entwickelt hat, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwischen Christen in Deutschland und ihren Nachbarn entstanden waren.<sup>2</sup> Die Lage der EKD ließ aber eine Begrenzung auf Westeuropa nicht zu: Die evangelischen Kirchen in der DDR waren ja zunächst Gliedkirchen der EKD, die sich als Band zwischen Ost und West verstand. Wenn dies auch seit 1969 institutionell anders geordnet ist, so empfindet man doch nach wie vor die Zusammengehörigkeit sehr stark.

Das wird da besonders deutlich, wo die EKD sich in ihrer Mitverantwortung für die Einigungsbestrebungen in Westeuropa nicht entziehen konnte.

Bezeichnend dafür ist die Erklärung des Rates der EKD zu den ersten Wahlen für ein „Europäisches Parlament“ (der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft) aus dem Jahre 1978. Hier wird am Anfang gefragt, ob durch den „geplanten Zusammenschluß von Staaten und Völkern . . . der Frieden auf Erden sicherer, die Gerechtigkeit unter den Menschen glaubwürdiger und die Hilfe für die Armen größer wird?“ Es wird dann einerseits daran erinnert, was Europa dem Evangelium verdankt, andererseits aber auch die Schuld erwähnt, die die Kirchen auf sich geladen haben. Vor allem aber wird im folgenden Abschnitt, der sich der anstehenden Europa-Wahl zuwendet, sehr bald mit Nachdruck betont, daß „unter den gegebenen politischen Verhältnissen“ die Einigung sich leider nur auf den Westen Europas erstrecken könne: das „erfüllt uns mit Trauer“. Westeuropa ist doch „nur ein Teil des ganzen Europas. Die kulturelle Einheit Europas geht weit darüber hinaus. Dies müssen sich die Menschen in der Europäischen Gemeinschaft immer wieder vergegenwärtigen, damit sie nicht der Versuchung erliegen, sich gegenüber dem übrigen Europa abzuschließen und den Teil für das Ganze zu nehmen. Die Gemeinschaft muß offen sein für die Verbindung und Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas. Europa endet nicht an der Elbe“. Erst nach diesen Erinnerungen und Warnungen werden sieben „Forderungen“ aufgelistet, die an die Europäische Gemeinschaft zu richten sind; diese werden aber ausdrücklich der Einsicht unterstellt, „daß das Europa der Zukunft kein einheitliches, auch kein einheitlich christliches, sondern ein plurales Europa sein wird“<sup>3</sup>.

Einem ganz anderen Duktus als diese Erklärung des Rates der EKD war ein Jahr zuvor der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, *Kardinal Höffner*, in einem Bericht über die Frühjahrsvollversammlung dieses Gremiums gefolgt. Er nannte zunächst vier „Motive“, die für die europäische Einigung (gemeint: die Einigung Westeuropas) sprechen:

1. Die „Aussöhnung unter den Völkern; Abbau von Spannungen; Verhinderung von Konflikten“.
2. Wirtschaftliche Motive.
3. Entwicklungshilfe erfordert „gemeinsames Handeln (West-Europas)“.
4. „Stärkung des freien Teils von Europa gegenüber der Bedrohung durch den Weltkommunismus.“

Zwar sei die Einigung Europas nicht eine unmittelbare Aufgabe der Kirche. Aber die Kirche müsse dafür „Sorge tragen, daß das Christentum die entscheidende geistige Grundlage Europas bleibt“ und daß die Katholi-

ken dementsprechend ihre Verantwortung wahrnehmen. Erst danach ist von der Sorge die Rede, „daß über der Europäischen Gemeinschaft nicht das übrige Europa und insbesondere die osteuropäischen Länder vergessen werden“<sup>4</sup>. Wie sich diese Sorge zu der Absicht verhält, den „freien Teil Europas“ gegenüber dem Weltkommunismus zu stärken, wird nicht näher ausgeführt.

Demgegenüber mag manchen die Hoffnung utopisch erscheinen, die die KEK auf ihrer IV. Vollversammlung 1964 so ausgedrückt hat: „Die Gemeinschaft europäischer Kirchen kann ein erstes Anzeichen dafür sein, daß einst die Gemeinschaft der europäischen Staaten folgt.“<sup>5</sup> Immerhin gehörte die KEK zu den ersten großen Institutionen, die schon 1971 den Plan unterstützten, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzuberufen<sup>6</sup> – ein Unternehmen, dem bekanntlich manche „christliche“ Parteien in Westeuropa zunächst mit großer Skepsis gegenüberstanden; ihnen liegt die westeuropäische Einigung meist näher. Die KEK dagegen sagte 1964 zu den westeuropäischen Bemühungen: „Es ist zu bedauern, daß es sich dabei nicht um eine gesamteuropäische Gemeinschaft handelt.“<sup>7</sup>

Etwas vereinfachend wird man sagen können: Das Leitmotiv vieler römischer Katholiken ist an der Sorge und der Hoffnung ablesbar, daß *das Christentum die geistige Grundlage Europas* „bleiben“ möge (s. o.); es geht dann um die Erhaltung einer bestimmten Kontinuität. Oft heißt es auch, daß es gelte, christliche „Grundwerte“ als Maßstab europäischer Ordnung gegenüber anderen Tendenzen zu verteidigen.<sup>8</sup> Im Unterschied dazu ist es sicher kein Zufall, daß die KEK sich für ihre Erste Vollversammlung 1959 (zwei Jahre nach ihrer Gründung) das Thema gestellt hat: „Die europäische Christenheit in der heutigen säkularen Welt“. Sobald das – zugegeben umstrittene – Stichwort „*Säkularisierung*“ ins Spiel kommt, geht es weniger darum, daß das Christentum maßgebend bleibt; vielmehr stellt man sich da einer neuen Gesamtsituation unserer Kultur: Manche Unterschiede zwischen Ost und West werden dann relativiert, Westeuropa erscheint nicht mehr als besonders „christlich“. Es geht dann schon eher um die „Evangelisierung“ Europas<sup>9</sup> – was immer man darunter verstehen mag.

Zur Vervollständigung des ökumenischen Bildes muß spätestens an dieser Stelle angemerkt werden, daß zur KEK selbstverständlich nicht nur die evangelischen Kirchen in Europa gehören, sondern auch die *orthodoxen*, die ja vor allem in Osteuropa maßgebend sind. Ihr Einfluß auf die KEK darf keinesfalls unterschätzt werden. Es gibt Anzeichen dafür, daß zum

Beispiel das Problem der Säkularisierung in der Perspektive der orthodoxen Kirchen Osteuropas vor allem ein Problem Westeuropas (und seines Einflusses auch auf den Osten!) ist. In dieser Sicht leidet Europa daran, daß die Aufklärung, daß also die in Westeuropa im 17. und 18. Jahrhundert gewonnenen philosophischen Erkenntnisse einen zu starken Einfluß erhalten haben – und zwar auch auf die Kirchen. Manche orthodoxe Theologen sehen deshalb die Zukunft der Christenheit insgesamt davon abhängen, daß vom Osten her orthodoxe Spiritualität an Einfluß gewinnt.

Nachdem in den bisherigen Überlegungen hier vor allem auf unterschiedliche Interessen und Ansätze hinzuweisen war, muß das äußere Bild noch abgerundet werden durch einen Hinweis darauf, daß seit 1978 *enge Kontakte zwischen der KEK und dem römisch-katholischen „Rat der Europäischen Bischofskonferenzen“* bestehen: Es haben mehrere gemeinsame Tagungen der obersten Gremien stattgefunden, und dabei gelang es, gemeinsame Erklärungen abzugeben, die zum Beispiel in der Frage des Friedens nicht unterschätzt werden dürfen. Vielleicht kommt man sich im Laufe der Zeit auch in den grundsätzlichen Fragen näher. Dazu nun einige weitere Überlegungen:

I. *Wie ist ökumenisch die Erwartung zu deuten, daß das Europa der Zukunft „kein einheitlich christliches, sondern ein plurales Europa sein wird“ (Rat der EKD)?*

Das Bewußtsein, daß Europa eine Einheit bilde, mag vor der Reformation stärker gewesen sein als heute.<sup>10</sup> Jedenfalls haben die durch die Reformation ausgelösten Trennungen unser Bild vom heutigen Europa sehr stark mitbestimmt. Seit 1826 die Schrift von *Novalis* „Europa oder die Christenheit“ veröffentlicht wurde, scheint es nahezuliegen, daß man sich von der Wiedervereinigung der Kirchen positive Wirkungen auf die politische Einheit Europas verspricht. Aber ist es wirklich denkbar, ist es theologisch überhaupt wünschenswert, daß „die Kirche“ in Europa wieder dieselbe Autorität, dieselbe Machtstellung erhält, die sie zumindest zeitweise im Mittelalter gehabt hat (oder wenigstens beanspruchte)?

Im ökumenischen Dialog der Gegenwart können evangelische Christen ihre katholischen Schwestern und Brüder immer nur bitten: Stellt nicht die Frage der Autorität der Kirche zu sehr in den Vordergrund! Laßt uns versuchen, durch einen „konziliaren Prozeß“ der Einheit näher zu kommen ... – Wenn man dies auf die politische Frage nach der Zukunft Europas überträgt, ergibt sich sehr schnell, daß die Kirche der modernen Forderung nach *Toleranz* ihre Zustimmung nicht verweigern darf: Sie darf

nicht mehr, wie von Konstantin bis zur Reformation üblich, die Obrigkeit zur Verfolgung von „Ketzer“ oder zum Kreuzzug gegen „Ungläubige“ nötigen. Wo man das einsieht, handelt es sich nicht um einen bedauerlichen Rückzug der Kirche, sondern um *die Wiederherstellung einer der offenen Verkündigung des Evangeliums angemessenen Situation*. Da wird denen, die keine Christen sein wollen, nicht das Lebensrecht bestritten, und es wird Vielfalt sogar innerhalb der Kirche als positive Möglichkeit gesehen. Die Kirche stünde dann – im Europa der Zukunft genauso wie anderswo – in freier Konkurrenz mit anderen, die auf ihre Art Hilfe zum Leben und zum Sterben anbieten mögen. Hat sie irgendeinen Grund, sich davor zu fürchten?

Mit diesen Andeutungen soll nicht suggeriert werden, daß man seitens der röm.-kath. Kirche tatsächlich eine Rückkehr ins Mittelalter anstrebt. Aber es läßt sich wohl kaum bestreiten, daß an manchen Orten noch romantische Hoffnungen hinsichtlich der Stellung und des Einflusses der Kirche gehegt werden; das gilt auch von manchen evangelischen Gruppen.

Andererseits kann unser Plädoyer für die Toleranz nicht darauf hinauslaufen, daß wir einem unverbindlichen Liberalismus das Wort reden wollten. Daß der Protestantismus diesen zur Folge haben muß, ist ja ein altes Vorurteil – diesmal auf „katholischer“ Seite. *Es geht nicht um Unverbindlichkeit, sondern darum, die eigene verbindliche Überzeugung im offenen Dialog zu bewähren*. Daraus läßt sich eine auch für die europäische Zusammenarbeit im Großen und im Kleinen fruchtbare *Politik der Dialogbereitschaft* entwickeln.

Eine wichtige Folge wäre zum Beispiel, daß *weltanschauliche Grenzen nicht als Grenzen Europas* angesehen werden können.<sup>11</sup> Das müßte selbst dann gelten, wenn ideologische Grenzen (heute vor allem die Verschiedenheit von Gesellschaftssystemen) als militärische Machtblöcke konstituiert werden. Es kann nicht die Aufgabe der Kirche sein, solche durch das heutige Europa gehenden Fronten zu verhärten, indem sie die eine Seite als „christlich“, die andere als „atheistisch“ bezeichnet. Ihre Aufgabe kann nur sein, die *Fronten im Dialog zu überwinden* und zur Zusammenarbeit einzuladen – dabei freilich Mängel und Ungerechtigkeiten der verschiedenen Gesellschaftssysteme ebenfalls offen beim Namen zu nennen.

Zur Dialogbereitschaft über bestehende Fronten hinweg gehört unter anderem, daß man eine aus christlicher Verantwortung notwendig werdende Kritik am eigenen Gesellschaftssystem nicht aus falsch verstandener Solidarität unterdrückt.<sup>12</sup> Wahrscheinlich haben evangelische Kirchen an dieser Stelle einen besonders großen Nachholbedarf; zu lange hat Obrig-

keitshörigkeit als evangelische Tugend gegolten – bis hin zu ihrer modernen Variante, die „Welt“ ihren angeblich eigengesetzlichen Entwicklungen zu überlassen . . . Die Folgen haben wir erlebt.

Aber die wichtigste Konsequenz der hier skizzierten Grundhaltung ist sicher die *Absage an jede Art von Kreuzzugs-Mentalität*. Schon die Vorstellung, daß die angeblich noch nicht vom modernen Atheismus infizierten Völker Europas eine Art „Damm“ gegen eine angeblich atheistische Flut aus dem Osten bilden müßten, ist nicht nur theologisch unerträglich; sie scheitert auch an den Realitäten unseres Kontinents. Welche Rolle sollen in einer solchen Konzeption denn heute zum Beispiel die *Polen* spielen? Zweifellos ist das polnische Volk in seiner großen Mehrheit durch einen lebendigen Katholizismus geprägt, dessen Intensität von keinem anderen europäischen Volk übertroffen wird. Demnach müßten sich die Polen als Vorposten des römischen Katholizismus gegenüber dem Osten verstehen. Wirtschaftlich-politisch und vor allem militärisch sind sie aber unzweifelhaft ein Teil des Ostblocks selbst; es ist nicht zu erkennen, wie sich das in absehbarer Zeit ändern sollte. Darf man einem Volk die gleichzeitige Erfüllung so zwiespältiger Aufgaben zumuten? Ist es nicht richtiger, die herkömmliche Konzeption von der Errichtung eines „Dammes“ gegen den Osten kritisch zu überdenken? Könnte es nicht sein, daß der jetzige Papst aus Polen hier noch eine besondere historische Aufgabe zu erfüllen hat?

Am gegenwärtigen polnischen Dilemma wird deutlich, daß Europa, wie immer man es verstehen will, *nach Osten stets eine offene Grenze hatte und haben muß*. Zu den hier erwogenen Stichworten „Pluralität, Dialogbereitschaft, Offenheit“ gehört es, daß wir auch diese merkwürdige geographische Unbestimmtheit ertragen müssen, wenn wir von Europa sprechen. Geographisch ist Europa ja allenfalls ein Subkontinent Asiens; jede geographische Grenzziehung ist deshalb willkürlich – ob man die Grenze nun am Ural, an der Weichsel oder womöglich an der Elbe ziehen möchte . . . Dem entspricht es, daß Europa auch keine eindeutig zu bestimmende „Mitte“ hat – so gern gerade wir Deutschen uns als eine solche Mitte verstehen (um dann fordern zu können: Eine Mitte kann man nicht teilen!). Gewiß ist Deutschland das Durchgangsland für den europäischen Nord-Süd-Verkehr; aber schon, wenn man an die West-Ost-Richtung denkt, müssen wir diese Funktion mit anderen teilen. Und den Anspruch, daß die „Mitte“ in besonderer Weise zur Herrschaft berufen sei, wollen wir ja wohl endgültig fallen lassen; Karl der Große, Napoleon oder de Gaulle haben sich die Aufgabenteilung in Europa ohnehin anders vorgestellt – um nur diese drei herauszugreifen.

Seit der Schwerpunkt des weströmischen Reiches von Rom an den Rhein (bzw. nach Aachen) verlagert wurde, ergaben sich die Abgrenzungen Europas gegenüber dem Osten jeweils einerseits daraus, wie weit das „Reich“ nach Osten ausgreifen konnte, und andererseits daraus, wie es mit den jeweiligen Bedrohungen aus dem Osten fertig wurde. Aufgrund dieser wechselnden Beziehungen zum asiatischen Raum *erhielt der Begriff Europa selbst die Funktion einer Abgrenzung* oder auch eines politischen Ziels: Peter der Große wollte Rußland europäisieren; Tschechen und Polen legen schon seit Jahrhunderten großen Wert darauf, daß wir sie zumindest kulturell nicht zum „Osten“, sondern zu Europa rechnen. Und doch müssen sich heute offenbar gerade diese Völker darin bewähren, daß sie die Unabgrenzbarkeit Europas gegenüber dem asiatischen Kontinent aushalten müssen.<sup>13</sup>

Sie können es nur, wenn ein wichtiges Kennzeichen des Europas der Zukunft in der Tat nicht mehr seine Einheitlichkeit, sondern seine Vielfalt und seine Bereitschaft zum Dialog wird. Diese Vielfalt und diese Dialogbereitschaft wären dann das Gemeinsame, was die Europäer miteinander verbindet – und was sich durchaus auch politisch fruchtbar machen läßt. *Europa würde dann im Osten immer so weit reichen, wie der Dialog in Gang kommt und im Gang bleibt.* An unserer Bereitschaft, ihn auszudehnen, entscheidet sich, wo man die Ost-„Grenzen“ Europas suchen soll!<sup>14</sup>

Das sind vorläufig noch Zielvorstellungen; aber wir sind hoffentlich bereits auf dem Wege zu diesem Ziel. Wenn wir es erreichen wollen, muß gewiß die Dialogfähigkeit innerhalb der europäischen Staaten und Völker ebenso zunehmen wie der Dialog über die Grenzen hinweg.<sup>15</sup> Daß es in manchen Staaten um den inneren Dialog noch nicht besonders gut bestellt ist, ist kein Geheimnis. Wir sollten aber Fortschritte auf diesem Gebiet nicht zur Bedingung für die Weiterentwicklung des Dialogs zwischen den Völkern und Staaten unseres Kontinents machen. Die Erfahrung zeigt, daß eher das Umgekehrte gilt: Der Dialog über europäische Staatsgrenzen hinweg kann den Dialog innerhalb der Staatsgrenzen fördern.

Wo es um Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft geht, kann die schlichte Unterscheidung zwischen „freien“ und „nicht-freien“ Völkern Europas nicht mehr als ausreichend angesehen werden – so sehr wir uns im „Westen“ auch bestimmter wesentlicher Freiheiten erfreuen mögen, die im „Osten“ zur Zeit keine Geltung haben. Jedenfalls wird man aus christlicher Sicht darauf zu achten haben, daß solche Unterscheidungen nicht in starre Frontstellungen einmünden; und wo solche Frontstellungen noch bestehen, muß es das Ziel aller Christen sein, sie durch Toleranz, Offenheit

und Dialog in einem geduldigen Prozeß zu überwinden. Das Ziel und der Prozeß, der zu ihm führt, verschmelzen so miteinander; sie sind nicht voneinander zu trennen. So gesehen, ist Europa niemals „fertig“, sondern stets im Werden, ständig in der Bewährung dessen, was es kennzeichnen soll. Letztlich hängt das sicher damit zusammen, daß auch der Christ nie im Sein ist, sondern stets im „Werden“ . . .

## II. *Die Völker Europas sind in den letzten 200 Jahren durch nationalistische Abgrenzungsversuche aneinander schuldig geworden: Wir müssen lernen, mit der Vielfalt der Völker Europas anders umzugehen*

Der Zusammenhang zwischen diesem Problemkreis und der Geschichte von Kirche und Theologie ergibt sich schon daraus, daß die Reformatoren – von Hus angefangen – ihre Anliegen mit dem erwachenden Nationalbewußtsein verschiedener Völker Europas verbunden haben.<sup>16</sup> Daß nationale Verschiedenheiten politisch relevant werden könnten, war damit noch nicht gegeben; zunächst hatten nach wie vor Herrschaftsstrukturen den Vorrang. Das hat sich geändert, seit die Romantik (u. a. Generalsuperintendent G. Herder) sich mit großer Inbrunst den nationalen Besonderheiten zuwandte und seit dann (erstmalig definiert durch F. Schleiermacher) das nationalstaatliche Prinzip zum Siege kam. Daß dies nicht zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker Europas geführt hat (wie Herder erhofft hatte), sondern Europa in blutige Kriege um gerechte Grenzen verstrickte, haben wir schmerzlich erfahren. Wenn von „Europa in evangelischer Sicht“ die Rede ist, können wir der Frage nicht ausweichen, wie wir mit der *Schuld* fertig werden, die wir Europäer und insbesondere wir Deutschen im Zeichen dieser Vorstellungen auf uns geladen haben.

Beim Stichwort „evangelisch“ geht es in diesem Fall zunächst nicht um konfessionelle Unterschiede, sondern um die einfache Frage: Was muß vom Evangelium aus dazu gesagt werden, daß die Europäer als Nationalisten aneinander schuldig werden? Offenbar sind wir in diesem Falle Abgöttern gefolgt – bis hin zum Rassenwahn, dessen antichristliche Tendenzen nicht zu bestreiten sind. Aber haben wir, *haben die Kirchen nicht schon dem Nationalismus gegenüber versagt*, ihn gefördert, wo wir ihm hätten widerstehen müssen?

Es ist zu allen Zeiten schwer gewesen (und wird immer schwer sein), die Grenze zwischen Glauben und Aberglauben, zwischen Gott und Götzen zu markieren. Man kann wohl die Vielfalt der Nationen als ein Werk des Schöpfers loben – sobald man aber die höchste Loyalität dem eigenen Volk zuerkennt, hat man aus dem Werk des Schöpfers einen Abgott

gemacht. Und von da aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Rechtfertigung von Kriegen um national eindeutige Staatsgrenzen – und die Versicherung an die Soldaten, daß dabei „Gott mit uns“ sei.

Dieser Irrweg war theologisch schon in der Aufklärung vorbereitet, die zwar Gottes Schöpfermacht zu preisen verstand, mit Gottes Niedrigkeit in Jesus Christus aber wenig anzufangen wußte. Theologische Einseitigkeiten dieser Art können schreckliche politische Folgen haben. Das müssen sich in diesem Fall vor allem die evangelischen Christen selbst vorhalten. „Evangelisch“ kann in diesem Zusammenhang nur heißen: Bereit sein zur Umkehr.

Obwohl Umkehr kein speziell protestantisches Anliegen sein kann, müssen wir darauf hinweisen, daß römische Katholiken in Europa dem Abgott „Nationalismus“ (und Rassenwahn) meist weniger erlegen sind, als „evangelische“ Christen. Vor einer Überbewertung des Ersten Artikels (also des Lobes der Schöpfermacht Gottes) werden sie gewöhnlich bewahrt durch die hohe Einschätzung des Sakramentalen und durch die deutlich übernationale, auf Rom ausgerichtete Struktur ihrer Kirche. Im Unterschied dazu *mußten wir evangelische Christen erst durch die ökumenische Bewegung wieder lernen, daß nationale Verschiedenheiten für den christlichen Glauben immer nur zweitrangig sein können*. Gewiß hat die anhaltende Verbindung mit dem Bischof von Rom die katholischen Christen in Europa nicht einfach immun gemacht gegen den modernen Nationalismus; wir brauchen uns nur an die Begeisterung des katholischen Österreichs beim Anschluß an das Deutsche Reich im Frühjahr 1938 zu erinnern. Und daß der polnische Katholizismus sich seit den Teilungen Polens auch als Hort des nationalen Polentums erwiesen hat, ist ebenfalls nicht zu bestreiten. Dennoch darf wohl der Vorrang übernationaler Bindungen als typisch „katholisch“ gelten. Diese Grundeinstellung hat dazu beigetragen, daß sich nach 1945 besonders katholische Politiker in Europa für die westeuropäische Einigung eingesetzt haben (Schuman, de Gaulle, de Gasperi, Adenauer ...).

Nach meiner deutlichen Erinnerung ist bei uns in Deutschland nach 1945 sehr schnell die Einsicht Allgemeingut gewesen, daß der europäische Nationalismus und der Kampf um nationalstaatliche Grenzen veraltet seien, daß man also nun „europäisch“ denken und handeln müsse. Gott sei Dank stellte sich sehr bald auch bei unseren Nachbarn die Bereitschaft ein, sich mit uns zu versöhnen und einen neuen Anfang zu versuchen. Es gab in dieser Zeit auch beachtliche Versuche, das nationalistische Denken theoretisch zu überwinden<sup>17</sup>; aber diese Ansätze sind nach einiger Zeit wieder versan-

det. Woran liegt es? Wie kommt es, daß zum Beispiel die EKD es nicht für notwendig hielt, die nationalistische Vergangenheit des deutschen Protestantismus einer kritischen Selbstprüfung in der Form einer Denkschrift zu unterziehen?<sup>18</sup>

Wahrscheinlich hängt das damit zusammen, daß die EKD sich von 1948/49 an – wie oben bereits erwähnt – lange als eine der letzten gesamtdeutschen Institutionen verstanden hat. Nationale Motive wurden im einsetzenden Kalten Krieg zwischen Ost und West gerade bei uns wieder lebendig – und sei es nur in der Form, daß wir sagten: Wir dürfen unsere Brüder und Schwestern im Osten nicht im Stich lassen, wir haben den Krieg ja gemeinsam begonnen und gemeinsam verloren; so müssen wir auch die Folgen gemeinsam tragen. Das war gewiß kein Nationalismus alten Stils, eher ein Nationalismus mit negativem Vorzeichen . . .

Die harte Wirklichkeit ist freilich, daß in Osteuropa wie in Westeuropa die nationalstaatliche Idee durch den weltanschaulichen Gegensatz der Gesellschaftssysteme überhöht wurde. Insbesondere haben sich die „Freund-Feind“-Bilder von den alten nationalen Loyalitäten auf diese Gegensätze verlagert. Damit ist einerseits die Gefahr verbunden, daß nun diese Gegensätze theologisch ähnlich aufgeheizt werden, wie das vor 1945 mit den nationalen Gegensätzen geschehen ist. Andererseits konnten im Westen wie im Osten Europas die Nationalstaaten auch nicht einfach verschwinden: Nationale Interessen stehen immer wieder in Konkurrenz mit den Erfordernissen der in Gang gekommenen übernationalen Zusammenschlüsse.

Nun ist gewiß nicht zu erwarten, daß das künftige Europa zu einem Schmelztiegel verschiedener Nationalitäten nach Art der USA werden könnte; daran ändern auch die gegenwärtigen Wanderungsbewegungen (Gastarbeiter) kaum etwas; denn sie heben das Übergewicht jeweils eines Volkes in seinem herkömmlichen Wohngebiet nicht auf. *Die Kirchen sind aufgerufen, gegen gefährlichen Ausländerhaß ebenso Front zu machen wie gegen das Festhalten an nationalen Privilegien innerhalb der europäischen Zusammenschlüsse.* Aber geschieht das in ausreichendem Maße? Treten wir nachdrücklich genug ein für ausgleichende Gerechtigkeit zum Beispiel innerhalb der EG? Ist kirchlicherseits deutlich genug davon die Rede, daß wir um der anderen Europäer willen *zu Opfern bereit* sein müssen? Parteien wagen nicht, das so deutlich zu sagen, wie es notwendig wäre (denn sie verprellen damit Wähler).

Dabei ist vielen Bürgern unseres Landes nicht einmal klar, wieviel *Souveränität* in Wirtschaftsfragen wir bereits an die EG abgegeben haben; das

wird nur noch dadurch verdeckt, daß die einzelnen europäischen Regierungen im Ministerrat unliebsame Entwicklungen durch ein Veto blockieren können, wenn sie fürchten müssen, daß sich in ihrem Land zu viel Widerspruch melden würde.

Nationalstaatliche Souveränitätsansprüche alten Stils sind heute durch wirtschaftliche, technische und militärische Entwicklungen schon weithin überholt; die übernationalen Zusammenschlüsse und Blockbildungen sollen dem ja nur Rechnung tragen. In den Blöcken entscheiden die *Supermächte*; und das nötigt zur Frage: Wird Europa sich zwischen den Supermächten in Ost und West behaupten können – oder wird es schließlich doch als ganzes der einen oder andern zufallen?<sup>19</sup> Die Frage ist gerade jetzt, am 15. April 1986, akut geworden, als Luftstreitkräfte der USA von Großbritannien aus zwei libysche Städte bombardiert haben, um Libyens Staatschef Ghaddafi in die Schranken zu weisen: Europa erschrak, als deutlich wurde, wie wenig es selbst an diesem Vorgang zu entscheiden hatte; und der Begriff Souveränität hängt ja mit dem der Entscheidungsgewalt zusammen.

Aber darf es aus evangelischer Sicht überhaupt das Ziel Europas sein, zur Weltmacht zwischen den USA und der UdSSR zu werden? Hier wäre noch ein weiteres Kapitel Europa-Problematik zu entfalten: Seine mehr als 500 Jahre alte *imperiale Vergangenheit* mit all der Schuld, die Europa in dieser Zeit auf sich geladen hat – von der Zerstörung der Kulturen Süd- und Mittelamerikas über den schwarzen Sklavenhandel bis zur wirtschaftlichen Ausbeutung, die noch heute anhält (da die aus Europa hervorgegangenen weißen Industrienationen – inzwischen zusammen mit Japan – den Welthandel beherrschen). Für die Völker in den anderen Erdteilen der Welt verbindet sich mit dem Stichwort „Europa“ keine romantische Abendland-Ideologie, sondern nur die Erinnerung an den *europäischen Kolonialismus* und seine schrecklichen Folgen.<sup>20</sup>

In diesem Zusammenhang können die im Gang befindlichen westeuropäischen Einigungsprozesse nicht mehr nur als begrüßenswerte Überwindung des inner-europäischen Nationalismus angesehen werden; es besteht durchaus auch die Gefahr, daß Westeuropa zu einer Bastion wird, die unsere Privilegien gegenüber den Völkern der „Dritten Welt“ verbissen verteidigt. Diese Gefahr hat schon vor neunzehn Jahren der Britische Kirchenrat besonders deutlich beim Namen genannt<sup>21</sup>; und doch scheint es bis heute nicht zu gelingen, die öffentliche Meinung in der EG so zu beeinflussen, daß das Steuer endlich konsequent herumgerissen wird – d.h. daß wir endlich bereit werden, *den Völkern der anderen Erdteile durch eine*

*gerechtere Weltwirtschaftsordnung entgegenzukommen.* Mit karitativen Maßnahmen allein ist dem Hunger in der Welt nicht beizukommen – so wie man mit karitativen Maßnahmen im vorigen Jahrhundert bei uns die „soziale Frage“ nicht lösen konnte. Die Kirchen können Wirtschaftsentwicklungen nicht den angeblichen „Eigengesetzlichkeiten“ der Welt überlassen; die Liebe drängt sie, mehr internationale Gerechtigkeit zu fordern. Erheben wir diese Forderung des Evangeliums nachdrücklich genug?

Die bevorstehende IX. Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen wird an diesen Fragen nicht vorbeigehen können, obwohl sie in erster Linie Fragen an Westeuropa sind. Daneben geht es für die KEK vor allem darum, daß die Kirchen sich erneut als Brückenbauer zwischen Ost- und Westeuropa bewähren.<sup>22</sup> Von Europa – genauer jedenfalls im Blick auf 1939: von uns Deutschen – sind in unserem Jahrhundert zweimal Weltkriege ausgegangen: Im ökumenischen Dialog müssen wir unsere Partner in den anderen Erdteilen um Verständnis dafür bitten, daß uns die Frage der Erhaltung und Förderung des Friedens besonders wichtig sein muß. Das zeigt auch das Vorbereitungsmaterial zur bevorstehenden Tagung der KEK in dankenswerter Deutlichkeit. Daß es „auf Erden Frieden“ nicht geben kann ohne Gerechtigkeit gegenüber unseren Mitmenschen ebenso wie gegenüber der uns umgebenden Schöpfung Gottes, werden wir darüber nicht vergessen dürfen.

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Einzelbelege hierzu und zum Folgenden in meinem *Art. „Europa“* in: Theol. Realenzyklop., 2. Aufl. Bd. 10, 1982, und in der dort angegebenen Literatur.
- <sup>2</sup> Z. B. wurde sehr bald ein „Deutsch-Französischer Bruderrat“ gebildet, an dem u. a. Vertreter westdeutscher Kirchenleitungen beteiligt waren. Hier von „Bruderschaften“ zu sprechen, wie dies in der deutschen Fassung eines Berichts des jetzigen Generalsekretärs der KEK, *G. G. Williams*, geschah (in: *H. Uhl*, Hrsg., Europa-Herausforderung für die Kirchen, 1973, 43 f), ist irreführend.
- <sup>3</sup> Zit. nach *H. Roser*, Protestanten und Europa, 1979, 109 ff.
- <sup>4</sup> Zit. nach *J. Schwarz*, Hrsg., Katholische Kirche und Europa, 1980, 316–318. *Williams* (vgl. Anm. 2) 60.
- <sup>5</sup> Ebd. 66 f.
- <sup>6</sup> Ebd. 61.
- <sup>8</sup> *Schwarz* (vgl. Anm. 4) 344, 426 und öfter (vgl. dort im Stichwortregister: „Werte-Grundwerte“).
- <sup>9</sup> Vgl. dazu Ansprache und Predigt des Papstes anlässlich des 5. Symposiums des Rates Europäischer Bischofskonferenzen (CCEE) am 5. und 8. Oktober 1982; ferner die Ansprachen der Kardinäle Hume, König, Etchegaray und des Erzbischofs Sustar beim selben Anlaß und die dort ausgesprochenen „Empfehlungen der europäischen Bischöfe“, alles enthalten in Nr. 16 „Stimme der Weltkirche“ vom 8. Oktober 1982 „Die kollegiale Verantwortung der Bischöfe und der Bischofskonferenzen Europas in der Evangelisierung des Kontinents“.

- <sup>10</sup> *H. H. Walz*, Der politische Auftrag des Protestantismus in Europa, 1955, hat das ältere Einheitsbewußtsein den Typen „imperium“, „ecclesia“ und „universitas“ bzw. „corpus Christianum“ zugeordnet; der Zusammenhang zwischen den beiden letztgenannten erscheint etwas willkürlich und diente Walz offenbar als Brücke zum Verständnis des Europas der Neuzeit und seiner Vielfalt.
- <sup>11</sup> Vgl. *H. Uhl* in dem von ihm herausgegebenen Sammelband: Europa-Herausforderung für die Kirchen, 1973, 130: „Alle Fehlentwicklungen“ in der Europa-Diskussion folgen aus der „Beschränkung Europas auf irgendwelche geographische, politische oder – und das ist am schlimmsten wie am ärgerlichsten – weltanschauliche Grenzen.“ Ich habe die Grundthese von Uhl mit Dank übernommen und versuche, sie etwas auszubauen.
- <sup>12</sup> Hier muß jetzt die *Church of England* als Vorbild genannt werden; ihr Report „Faith in the City“ hat wegen des deutlichen sozialen Engagements die jetzige konservative Regierung erheblich verstimmt. Einen ähnlichen ersten Konflikt hatte Erzbischof Runcie schon am Ende des Falklandkrieges durchzustehen.
- <sup>13</sup> Aus Raumgründen gehe ich hier nicht ein auf die nicht ganz gleichartigen, aber doch sehr ähnlichen Probleme der südosteuropäischen Staaten.
- <sup>14</sup> Ganz anders *H. Asmussen*, Der theologische Standort für eine evangelische Stellungnahme zum Europaproblem (in: *F. K. Schumann*, Hrsg., Europa in evangelischer Sicht, 1953, 103): „... , daß in dem Wunsch nach einem einigen Europa ein Rest ... des Glaubens lebt, der Christenheit sei aufgetragen, das Ordnungszentrum der Welt zu sein“ ...!
- <sup>15</sup> Obwohl Dialogfähigkeit als ein Kennzeichen der Demokratie gelten muß, lasse ich die Frage der Staatsform hier außer Betracht.
- <sup>16</sup> Es sei z. B. daran erinnert, daß *J. Hus* das Tschechische zur Schriftsprache gemacht hat (Zufügung bestimmter Zeichen zur lateinischen Schrift).
- <sup>17</sup> Vgl. *E. Lemberg*, Geschichte des Nationalismus in Europa, 1950; *R. Wittram*, Nationalismus und Säkularisation, 1949; ders. Das Nationale als europäisches Problem, 1954; aber auch: *H. Zilleßen*, Volk – Nation – Vaterland, 1970.
- <sup>18</sup> Die sog. „*Ostdenkschrift*“ von 1965 hat hier zwar faktisch Korrekturen vollzogen; sie hat aber das Problem nicht grundsätzlich aufgearbeitet. Vgl. dazu meine Stellungnahme in „Junge Kirche“ 46. Jg. 1985, 518 ff; in der ZEE 29. Jg. 1985, 269 ff u. 30. Jg. 1986, 124 ff.
- <sup>19</sup> Dies Dilemma hat bekanntlich als erster *A. de Tocqueville* schon 1835 erkannt (in: „Die Demokratie in Amerika“, deutsch 1836; Kröner Ausw. 1954, 44 ff).
- <sup>20</sup> In meinem in Anm. 1 genannten Beitrag zur TRE habe ich mich unter dem Stichwort „Europa“ auf diese Aspekte konzentriert, zumal es in der TRE bereits einen Beitrag „Abendland“ gab. – Vgl. jetzt auch: *W. Simpfendörfer*, Befreiung für Westeuropa – Protest und Liebe, in: Junge Kirche, 47. Jg. 1986, 4 ff. S. spricht von der „Gewaltkultur“, die Europa verbreitet hat.
- <sup>21</sup> Christians and the Common Market, 1967 (deutsch: Christen und der gemeinsame Markt, 1968). – Zugespißt fragte dann der „Interkirchliche Friedensrat in den Niederlanden“ 1972, ob „dieses Westeuropa eine Großmacht alten Stils werden soll, womöglich sogar mit Kernwaffen“. Zit. nach *H. Roser* (vgl. Anm. 3), 37.
- <sup>22</sup> Vgl. dazu den Aufruf der Landessynode der *Evang. Kirche von Westfalen* vom Nov. 1985, endlich einen „*Prozeß der Versöhnung*“ zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion in Gang zu bringen. Über den bei Kriegsende an Deutschen begangenen Gewalttaten dürfen wir nie vergessen, daß im Juni 1941 zuerst wir die Sowjetunion überfallen und dabei Menschenrechte und Völkerrecht zerstört haben. Dann heißt es in der Erklärung der Synode: „Das klare Ja zu unserer freiheitlichen Demokratie als Angebot und Aufgabe und das Nein zum kommunistischen System schließen Frieden und Partnerschaft nicht aus, sondern machen sie um so dringlicher. Unverantwortlich allein ist ein emotioneller Antikommunismus, der sich auf ein einfaches Freund-Feind-Denken beschränkt.“ – Es wäre zu wünschen, daß dieser Initiative in der KEK weitere Schritte folgen.